

# KAMPF DEM ORDNUNGSRECHT

An der Hamburger Uni rumort es. Nach dem Pressegeschrei von der "kommunistischen Unterwanderung" im letzten Semester und der eskalierten Hetzpropaganda gegen die sozialistischen Studenten in den letzten Tagen schreitet die Univerwaltung unter Fischer-Appelt jetzt zur Tat.

○ Sie hat den Polizeiaagenten Krüger mit der Zensur von Wandzeitungen beauftragt. Diese müssen von ihm genehmigt und mit einem Stempel versehen werden.

○ Krüger verkündet immer lauter, politische Büchertische seien nicht mehr erlaubt. Dr. Winter vom Präsidialamt erklärt, sie seien schon immer verboten gewesen.

○ Für studentische Vereinigungen (insbesondere politische Organisationen) wird eine Meldepflicht eingeführt. Das heißt, sie haben ihr Programm und ihr Statut abzugeben: zur Überprüfung der "Verfassungstreue", und um die "Ordnungswilligen" von den "Störern" zu unterscheiden.

○ Diejenigen, die brav ihrer Meldepflicht nachkommen, werden damit belohnt, daß sie weiterhin Universitätsräume für politische Veranstaltungen erhalten. Die anderen erhalten entweder gar keine Räume oder sie müssen dafür teuer bezahlen (Audimax: DM 800,-) und sollen damit allmählich ausgehungert werden.

Diese ganze Aktion läuft unter dem Motto: "Gewisse Spielregeln müssen festgesetzt werden" (Dr. Winter). In ungefähr 2 Wochen soll dazu eine Hausordnung veröffentlicht werden. Gruppen, die die Meldepflicht erfüllen, dürfen - wie es heißt - daran vielleicht sogar ein bißchen mitbestimmen. Ein billiger Integrationsversuch, denn die aktuelle Durchsetzung des Ordnungsrechts wird zentral gesteuert. An einer ganzen Reihe von Universitäten sind solche sogenannten Hausordnungen bereits erlassen worden.

Hier wird eine Ordnung geschaffen, gegen die zwangsläufig jeder verstößt, den sich nicht ducken will. Woraus man dann mit Hilfe des Hamburger Unigesetzes von 1969 einen "herrlichen"

"Ich erkläre ..., daß die gegenwärtige Lage an den wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik in (einigen) Punkten schlimmer ist als während des Dritten Reiches ..."

(Ordinarius Ernst Wolf vom Bund Freiheit der Wissenschaft in der WELT vom 7.4.72)

"Ich gehe nicht zu weit, wenn ich sage: Seit den Angriffen auf jüdische Gelehrte in den Jahren nach 1931 hat es einen derart systematischen Anschlag auf die Lehr- und Forschungsfreiheit verfassungstreuer Hochschullehrer durch verfassungsfeindliche Kräfte in Deutschland nicht mehr gegeben.

(Kultusminister Hans Maier in der FAZ vom 8.4.72)

Strick gegen die unliebsamen Linken drehen kann. Dort steht unter § 22 geschrieben, daß gegen Studenten, welche die "Ordnung in der Universität und ihren Veranstaltungen" nicht wahren, folgende Ordnungsmaßnahmen getroffen werden können:

"1. Verweis; zugleich kann die Verweisung von der Universität Hamburg für den Fall eines erneuten Verstoßes angedroht werden,

2. Versagung der weiteren Teilnahme an einzelnen Lehrveranstaltungen und der Benutzung von Einrichtungen der Universität bis zu sechs Monaten, wenn sich der Verstoß auf diese bezogen hat,

3. Verweisung von der Universität Hamburg für ein oder zwei Semester,

4. dauernde Verweisung von der Universität Hamburg."

Daß man gegenwärtig dazu bereit ist, daran besteht kein Zweifel. Der westdeutsche Staat und seine Agenturen an den Hochschulen setzen aufs Ganze. Denn die Verschlechterung der Situation an den Hochschulen selbst und die reaktionäre Entwicklung in der Bundesrepublik drohen die Studentenbewegung wieder zu beleben. Und im Unterschied zur alten Studentenbewegung existieren jetzt kommunistische Gruppen, die ihr die richtige Perspektive geben können, das Bündnis mit der sozialistischen Arbeiterbewegung. Deshalb wird jetzt hart durchgegriffen. Bevor sich der Bundestag darüber einig ist, wird das Ordnungsrecht praktisch novelliert.

- In Westberlin wurde bereits im letzten Semester ein Ordnungsverfahren gegen 5 Studenten durchgeführt.

- Das Rektorat der Uni Heidelberg hat Anfang Februar auf Anweisung des Kultusministeriums gegen 3 Studenten ein Hausverbot ausgesprochen.

Dahin soll offenbar auch in Hamburg der Hase laufen!

Wir fordern alle politischen Gruppen an den hiesigen Hochschulen, die sich gegen diese Zugriffe wehren wollen, auf, Vertreter in ein zu gründendes Komitee gegen politische Disziplinierung zu entsenden (Termin: Donnerstag, 18 Uhr, ESG). Ziel sind Beratungen über Gegenmaßnahmen.

Kommilitonen! Schützt die politischen Büchertische, Wandzeitungen und Plakate vor den Klauen der Reaktion!

**Kampf dem Ordnungsrecht !**

**Für freie politische Betätigung in der Ausbildung !**

**Weg mit der reaktionären Hausordnung !**

**SSG** SOZIALISTISCHE STUDENTENGRUPPE  
(ROTE PRESSE)

Erscheinungsdatum: 12.4.72

verantwortlich: XXXXXXXXXX